

# Siegerer Zeitung

Amtliches Kreisblatt für Siegen-Wittgenstein, Altenkirchen und Olpe

ÜBERPARTEILICHE ZEITUNG FÜR SIEGERLAND, WITTGENSTEIN UND NACHBARGEBIETE

Nr. 109 | 204. Jahrgang | G 6295N

Dienstag, 12. Mai 2026

Einzelpreis: Mo.-Fr. 2,60 € | Sa. 3,00 €

## LOKALES / SIEGEN

### Auf harte Fans vorbereitet

Fußball-Einsätze kosten viel Personal, doch der Alltag soll nicht leiden. Wie die Siegener Polizei Einsätze trennt und warum der Gebührenstreit noch brodelt. **Seite 3**

## LOKALES / SIEGEN

### Wenn Essen teuer wird

Discounter wirken günstig, doch selbst dort wird vieles zum Luxusgut. Wie Siegener Familien ihren Einkauf ändern, damit zu Hause beim Essen nichts fehlt. **Seite 6**

## POLITIK / KIEW

### Rüstungsallianz mit Kiew

Der Verteidigungsminister will die strategische Partnerschaft mit den Ukrainern voranbringen. In Kiew steckt er den weiteren Kurs der Rüstungskooperation ab. **Seite 16**

## SPORT / FRANKFURT

### Irrer Abstiegskampf

Die Fußball-Bundesliga steht vor ihrem großen Finale: Was entscheidet sich am letzten Spieltag? Und wie viele Teams sind in die Entscheidungen involviert? **Seite 22**

## KULTUR / BERLIN

### Der Architekt der schiefen Linien

Daniel Libeskind prägt mit seinen spektakulären Bauten weltweit Städte und Debatten. Heute wird er 80 Jahre alt. **Seite 21**



Seite 21



## Ist das der gefährlichste Job der Region?

Schussichere Kabine, Funkkommandos am Hang, schwere Maschinen im Wald: Ein Forstbetrieb aus Siegen zeigt, wie hart und gefährlich Holzernte trotz wachsender Arbeitsicherheit ist – und warum im Wald jeder einzelne Handgriff zählt. **Seite 5**

## Alles auf Anfang

Nach dem Aus der Entlastungsprämie ist das Kanzleramt unter Druck



Von Claus Schöner

Das mittlerweile legendäre Treffen in der Villa Borsig ist erst einen Monat her. An diesem Dienstagabend geht es schon wieder um alles. Damals schien die schwarz-rote Regierung den großen Wurf zu schaffen: ein Paket gegen hohe Energiepreise, flankiert von 1000 Euro Prämie, die Arbeitgeber ihren Beschäftigten steuerfrei zahlen sollten.

Ein Beleg für schwarz-rote Handlungsfähigkeit? Nun steht die Prämie für das Gegenteil: Der Bundesrat hat sie gestoppt. CSU-Chef Markus Söder und Mecklenburg-Vorpommerns Landeschefin Manuela Schwesig empfehlen, sie zu beerdigen, und die Bundesregierung verzichtet darauf, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Das Thema ist damit wohl vom Tisch.

Recherchen belegen irritierend amateurhaftes Regierungsmanagement und zeichnen das Bild eines Kanzleramts, das zentrale Vorhaben schlecht vorbereitet, kritische Länder nicht rechtzeitig einbindet und Warnsignale aus dem Bundesrat ignoriert.

Mit so peinlichen wie ärgerlichen Folgen. Die strategische Steuerung versagt, und die Regierungszentrale wirkt wie eine Getriebene der Parteizentralen: Die SPD drängt auf sichtbare Entlastungen, die Union fürchtet finanzielle Risiken, am Ende steht ein formal beschlossenes, praktisch aber nicht durchsetzbares Instrument, das geräuschvoll entsorgt werden muss. Regierungschef Friedrich Merz sollte sich nun Gedanken darüber machen, ob Kanzleramtschef Thorsten Frei der richtige Mann auf seinem Manager-Posten ist.

Wer erfolgreich regieren will, muss zuerst klären, was dauerhaft finanzierbar ist, welche Entlastungen wirklich bei kleinen und mittleren Einkommen ankommen und wie Länder und Wirtschaft frühzeitig eingebunden werden. Genau dort soll eine breitere Einkommensteuerreform ansetzen.

Söders Devisen, man solle „nicht über Dinge streiten, die nicht gehen“, klingt altmodisch, ist aber ein ziemlich moderner Maßstab für krisentaugliche Politik. Vor dem heutigen Koalitionsausschuss heißt das: Wenn das schwarz-rote Bündnis die Lektion aus den vergangenen Tagen gelernt hat, wird es weniger Symbolpolitik und mehr tragfähige, durchdachte und abgestimmte Lösungen präsentieren.

## Dieselkrise trifft Bus und Bahn

Die hohen Spritpreise gefährden den ÖPNV massiv – die Verkehrsunternehmen warnen vor einem Kollaps. Und auch die Attraktivität des Deutschlandtickets steht auf dem Spiel

Von Hagen Strauß

**BERLIN.** Die Spritpreiskrise trifft inzwischen mit Wucht den ÖPNV – und setzt damit ausgerechnet das Deutschlandticket unter Druck. Das geht aus einer „Dieselpreis-Umfrage“ des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hervor, die unserer Redaktion vorliegt.

Die gestiegenen Preise wirken laut Umfrage bereits breit in die Branche hinein: 89,5 Prozent der 134 befragten Unternehmen spüren deutliche Auswirkungen auf die Betriebskosten. 52 Prozent sehen unter den aktuellen Kostenbedingungen keine Angebotsausweitung mehr als möglich an. 83 Prozent halten die geplanten Kraftstoffpreis-Entlastungen der Bundesregierung für nicht ausreichend. „Im Schnitt sind die monatlichen Kosten für Diesel bei den befragten Verkehrsunternehmen um 27,5 Prozent gestiegen“, heißt es in der Umfrage.

Auch der Tankrabatt kommt demnach bei der Branche nicht vollständig an. Während Autofahrer durch die Senkung der Mineralölsteuer für zwei Monate brutto 17 Cent weniger zahlen für den Liter Sprit, beträgt der Abschlag brutto für den ÖPNV bei Dieselkraftstoffen nur 11 Cent pro Liter. Die Ungleichbehandlung ergibt sich daraus, dass die Koalition die Energiesteuer

„Bislang konnte die Branche viele Kostensteigerungen wegdücken, ohne große Auswirkungen für die Fahrgäste. Jetzt geht das nicht mehr.“

Alexander Möller  
VDV-Geschäftsführer

### D-Ticket noch teurer?

Noch kostet das Deutschlandticket 63 Euro. Bei ihrer Konferenz im März beschlossen die Verkehrsminister von Bund und Ländern aber einen Preisindex auf Basis der Kostenentwicklung bei den Verkehrsträgern, der ab 2027 greifen wird. Anhand dessen soll festgelegt werden, wie sich der Preis für den Fahrschein entwickelt. Im September steht die nächste Entscheidung an. Wegen der deutlich gestiegenen Spritpreise dürfte der Fahrschein teurer werden als bisher erwartet.

für Diesel nicht unter den europäischen Mindestsatz senken darf – deshalb fällt die Entlastung im ÖPNV geringer aus.

VDV-Geschäftsführer Alexander Möller sieht nun auch Folgen für das bundesweit gültige Deutschlandticket. Zwar bleibe der Fahrschein mindestens bis 2030 erhalten. „Wir müssen aber aufpassen, dass wir nicht einerseits ein Deutschlandticket haben, aber andererseits kein ÖPNV-Angebot mehr, das für die Menschen gut genug ist, um das Ticket zu wollen und zu nutzen.“ Denn die Verkehrsleistung werde wegen explodierender Preise weiter zurückgehen. „Das gilt für den regionalen Zugverkehr und auch für die Verkehre in den Städten und im ländlichen Raum.“ Deshalb drohe „die Attraktivität des Deutschlandtickets dauerhaft abzunehmen“, so Möller. „Nicht wegen des Preises, sondern wegen des schlechter werdenden ÖPNV-Angebots.“

Vom VDV heißt es: Der explodierende Dieselpreis ohne Ausgleichsmaßnahmen greife das System ÖPNV insgesamt an. „Bislang konnte die Branche viele Kostensteigerungen wegdücken, ohne große Auswirkungen für die Fahrgäste. Jetzt geht das nicht mehr“, so Möller. Bund und Länder stünden daher nun in der Verantwortung, einen Kollaps zu verhindern.

## NRW-Polizei ortet Notrufe metergenau

Wer per „110“-Notruf Hilfe braucht, kann jetzt auch ohne genaue Ortsangabe gefunden werden. Die Polizei nutzt dafür eine spezielle Technologie in Smartphones. Das sagt der Innenminister

**DÜSSELDORF.** Die Polizei in NRW kann jetzt bei einem Notruf den Standort des Anrufers bestimmen, um schneller helfen zu können. Technische Grundlage ist nach Angaben des zuständigen Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste die sogenannte Advanced Mobile Location-Technologie, die in modernen Smartphones integriert ist.

Die Polizeileitstellen in Nordrhein-Westfalen beteiligen sich nach Angaben des Landesamtes seit Kurzem an einem bundesweiten Pilotbetrieb. Bei eingehenden Notrufen können die Leitstellen demnach bei konkreter Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person die Standortdaten des Anrufers abrufen. Auch bei der Verfolgung von Straftaten könne die automatische Standortübermittlung hilfreich sein, heißt es.

„Beobachtet etwa eine Zeugin oder ein Zeuge eine gewalttätige Auseinandersetzung, einen Raub oder einen Ein-

bruch und wählt den Notruf 110, ohne den eigenen Standort genau benennen zu können, kann die Polizei die übermittelten Standortdaten nutzen. So können Einsatzkräfte schneller zum richtigen Ort entsandt werden.“

Wählt man mit dem Smartphone den Notruf 110, übermittelt das Gerät während des Rufaufbaus automatisch Standortdaten an einen zentralen Speicherort. Die Disponenten in den Polizeileitstellen können diese Standortdaten bis zu 60 Minuten nach Eingang des Notrufs abrufen, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen. Danach werden die Daten automatisch gelöscht.

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) sagte der Nachrichtenagentur dpa: „Wenn jemand in Not ist und nicht weiß, wo er ist, hilft uns das System jetzt, das Handy metergenau zu orten. Unsere Leitstellen schicken die Streifen dann dorthin, wo es brennt, und zwar ohne Umwege. Und das alles, ohne den Datenschutz über Bord zu werfen.“ ■ dpa



NRW-Innenminister  
Herbert Reul (CDU).  
Foto: dpa

## WETTER

Min. 4° Max. 11°

## SZ-KONTAKT

### Anzeigen

☎ 02 71 / 59 40-7 ☎ -3 18 oder -3 84  
✉ anzeigen@siegerer-zeitung.de

### Leserservice / Nachlieferung

☎ 02 71 / 59 40-8 ☎ 02 71 / 59 40-4 01  
✉ leserservice@siegerer-zeitung.de  
🌐 https://service.siegerer-zeitung.de/

### Redaktion

☎ 02 71 / 59 40-2 37 ☎ -2 39  
✉ redaktion@siegerer-zeitung.de

### SZ-Digital

🌐 www.siegerer-zeitung.de  
📘 Siegener Zeitung  
📧 @siegererzeitung

